

Nach Jahren der Durchbruch: Die Stadt errichtet den erschlagenen Deutschen ein Denkmal

VON LIBOR ŽELINSKÝ / ŽATECKÝ A LOUNSKÝ DENÍK

Žatecký a lounský deník, 6. November 2009 – (Postelberg) Die Stadtvertreter haben dem Denkmal nach sieben Jahre langem Gerangel zugestimmt. Es soll bis Ende Mai 2010 auf dem Friedhof in Postelberg errichtet werden.

Bis Ende Mai des nächsten Jahres wird in Postelberg auf dem Friedhof eine Gedenktafel angebracht, die an das tragische fanatische Wüten in der Nachkriegszeit in dieser Stadt erinnern soll. Im Jahre 1945, kurz nach dem Krieg wurden dort innerhalb weniger Tage 763 Menschen aus der Saazer und Postelberger Zivilbevölkerung, auch Frauen und Kinder, erschossen.

Für die Gedenktafel und ihre Anbringung an pietätvoller Stelle haben die Stadtverordneten der Stadt entschieden, die auf diese Weise das mehrjährige Gerangel um Entscheidungen in dieser Angelegenheit abgeschlossen haben.

Für die Errichtung einer kleinen Gedenkstätte, wo die Hinterbliebenen ihrer Verwandten gedenken könnten, haben deutsche Vereine und der „Freundeskreis tschechisch-deutscher Verständigung“ beim Rathaus schon seit 2002 wiederholt Gesuche eingereicht. 2005 haben die Stadtverordneten diese Gesuche abgelehnt. Nun

haben sie diese Entscheidung korrigiert und der Gedenkstätte zugestimmt. Von achtzehn anwesenden Ratsherren stimmten vierzehn für die Errichtung eines kleinen Denkmals.

Ein verantwortungsvoller Schritt, er trägt zur Versöhnung bei

„Die Entscheidung der Stadtverordneten wird von uns einhellig begrüßt und geschätzt. Wir halten sie für einen bedeutungsvollen, selbstbewussten und verantwortungsvollen Schritt der Stadtverordneten, der zu einer dauerhaften Versöhnung der Tschechen und der Deutschen und zu einer wahrheitsgemäßen Auslegung unserer gemeinsamen Geschichte beitragen wird“, erklärte gestern der Zeitung Otokar Löbl, Vorsitzender des Fördervereins der Stadt Saaz/ Žatec mit Sitz im deutschen Frankfurt, der den Antrag für eine Gedenkstätte im Postelberger Rathaus stellte.

Auf dem künftigen kleinen Denkmal wird der Text „Allen unschuldigen Opfern der Postelberger Ereignisse im Mai und Juni 1945“ zu lesen sein. Die Stadtverordneten haben damit den Wortlaut gemäßigt, der durch die vorhergehende Arbeit der Kommission von Fachleuten, vor allem unabhängiger Historiker, vorgeschlagen worden war. Diese schlugen den Text „Den Opfern des Postelberger Massakers 1945“ vor.

Nach einer etwa viertelstündigen Debatte kamen die Stadtverordneten zu dem Schluss, dass man die historischen Ereignisse in der Stadt nicht mehr übergehen darf, dass es notwendig ist, sich dazu zu bekennen und sich dem zu stellen; gleichzeitig haben sie sich auf die Auslassung des vorgeschlagenen Wortes Massaker geeinigt, um keine möglichen negativen Emotionen zu wecken.

Der Text wird in tschechischer und deutscher Sprache gesetzt. Die Kosten für die Gedenkstätte, etwa 200.000 Kronen, zahlt die Stadt Postelberg. Die Stadtverordneten haben damit das ursprüngliche Angebot der deutschen Vereine, den Großteil der Kosten zu tragen, abgelehnt.

Die größte Tragödie in Nordböhmen

Die Postelberger Tragödie war unter den sogenannten wilden Vertreibungen, die voller Gewalttaten waren, das Ereignis mit der größten Anzahl von Opfern im Norden Böhmens und der zweitgrößten Anzahl in der damaligen Tschechoslowakei. Die Toten waren deutschsprachige Menschen, den Schießbefehl gaben gemäß der vor kur-



Der Stadtverordnete MUDr. Miloslav Fišer erklärt seine Haltung zur Frage der Errichtung einer kleinen Gedenkstätte, neben ihm seine Ehefrau, die Verwaltungschefin des Postelberger Rathauses Jana Fišerová. Das klare, sachliche und konstruktive Auftreten dieses Stadtvertreters half, die Situation nach der vorangegangenen emotionalen, unfruchtbaren politischen Auseinandersetzung zu beruhigen, und führte zu einer effektiveren Diskussion und der schlussendlichen Zustimmung. Der Debatte der Stadtvertreter widmen wir uns anschließend (Foto: Libor Želinský).



Die Stadtverordneten Ludvík Mlčuch, Petr Říha, Miroslav Krpec a Vladimír Pfertner (von links) bei der Sitzung am Mittwoch (Foto: Deník/ Želinský)

zum abgeschlossenen polizeilichen Ermittlung Tschechen – Soldaten und Polizisten. Das sozialistische Regime hat diese Ereignisse lange Jahre totgeschwiegen, über dieses Problem sprach man offen und frei erst gegen Ende der neunziger Jahre.

Wir stellen uns der Sache, sagten die Stadtvertreter – aber nicht alle

Die Postelberger Stadtvertreter haben sieben Jahre nach Eingabe des ersten Antrags die Errichtung des kleinen Denkmals beschlossen, das an die Nachkriegstragödie erinnern soll – an das Erschießen² der deutschen Einwohner der Stadt. Diese Frage weckt aber immer noch Emotionen; in der Diskussion davor erklangen Gegenstimmen und scharfe Worte der Ablehnung.



Pressekonferenz mit Mitgliedern der Denkmalkommission am 12. Oktober; vorne mit dem Rücken zur Kamera Walter Urban (Foto: Förderverein Saaz)



Gegen die Errichtung eines kleinen Denkmals zum Gedenken an die Nachkriegsereignisse hat sich auch ein Mann ausgesprochen, der im Rahmen einer öffentlichen Sitzung auftrat. Es war Václav Sedláček aus dem Kreisrat des „Klubs des tschechischen Grenzlandes“; zur Veranstaltung reiste er aus Aussig an. Die Stadtverordneten stimmten zunächst ab, ob man ihm überhaupt das Wort erteilen solle, denn er hat in Postelberg keinen ständigen Wohnsitz. Diese Vorgehensweise wird durch das Gemeindegesez aufgelegt.

„Ich bin gegen die Errichtung der Gedenkstätte. Ich schlage der Stadt vor, sich mit dieser Angelegenheit überhaupt nicht mehr zu befassen. Die ständige Beschäftigung mit diesem Thema verdirbt nur das Verhältnis beider Nationen, Tschechen und Deutsche. Ich persönlich bin früher in der DDR verkehrt, nun ebenso in Deutschland, und halte Freundschaft mit den Menschen in diesen Ländern auch ohne Gedenkstätte, die mir überflüssig scheint“, erklärte er.

Für die Kommission der Historiker, die den Text auf der Gedenktafel vorgeschlagen haben, sprach Petr Schölla. Er führte aus, daß die kleine Gedenkstätte in der Stadt notwendig sei, daß es nicht angehe, die historischen Ereignisse in alle Ewigkeit zu verschweigen. „Setzen wir einen symbolischen Versöhnungspunkt hinter dieses Thema,“ forderte er die Stadtratsmitglieder auf.

Im folgenden sprachen nur noch die Stadtvertreter selbst. Ludvík Mlčuch (KSČM) [Kommunisten]² sprach sich gegen die Gedenkstätte aus. „2005 hat die Stadtvertretung diese Sache schon einmal abgewiesen, und ich sehe keinen Grund an dieser Haltung irgendetwas zu ändern“, teilte er mit.

Vladimír Pfertner (ODS) [Bürgerliche]³ unterstützte eindeutig die Errichtung der Gedenkstätte. „Stellen wir uns endlich der ganzen Sache und gestehen wir uns ein, dass die Erschießung von Hunderten von Menschen in un-

serer Stadt eine Gräueltat war. Wir können nicht dauernd so tun, als ob nichts geschehen wäre. Es geht doch nur darum, irgendwo ein symbolisches, klitzekleines Mahnmal hinzustellen. Um nichts mehr geht es“, meinte er.

Ein scharfes bis demagogisches Argument sprach Jan Pelc vom Stadtrat (KSČM) aus. „Ich bin entschieden gegen ein Mahnmal. Ein Mahnmal für Opfer macht keinen Sinn. In Postelberg gab es keinen Krieg, die Tschechoslowakei befand sich mit Deutschland nie offiziell im Kriegszustand. Die Deutschen haben uns besetzt, und wir waren Teil ihres Staates“, erklärte er.

Ein Stadtvertreter, der es zustande brachte, die Emotionen zu beruhigen, ruhig und sachlich aufzutreten und bei den Kollegen Autorität zu gewinnen, war der Arzt Miloslav Fišer (Unabhängiger). „Ich bin eindeutig für eine Gedenkstätte. Das Recht, der Toten zu gedenken, hat jeder Hinterbliebene, wer es auch sei. Man soll sehen, dass sich die Stadt diesem Problem stellt, dass sie selbst das Handeln übernimmt und sich diese Sachen nicht von deutschen Vereinen bezahlen lässt“, forderte er.

Er schlug auch vor, aus dem der Kommission vorliegenden Text das Wort Massaker herauszunehmen und es durch den milderen Ausdruck „Ereignis“ zu ersetzen. Seine Vorschläge bildeten die Basis der gesamten abschließenden Entscheidung und des Beschlusses der Stadtverordneten.



Otokar Löbl und Dr. Michal Pehr erläutern der Presse den Vorschlag der Denkmalkommission (Foto: Förderverein Saaz)

Am Ende haben sich vierzehn von achtzehn Stadtvertretern für das Denkmal ausgesprochen. Niemand stimmte dagegen. Auch die Stadtverordneten, die Bedenken hatten, haben sich nur der Stimme enthalten.

Übersetzung: Adalbert Wollrab und Andreas Kalckhoff

ANMERKUNGEN

1. *Postřílení*, wörtlich: „Abknallen“.
2. KSČM = Kommunistische Partei Böhmens und Mährens.
3. ODS = Demokratische Bürgerpartei (*Občanská demokratická strana*).

Sudetendeutsche dankbar für tschechisches Zeichen

VON BERND POSSELT / SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT



MdEP Bernd Posselt

Der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, hat den tschechischen Stadträten der böhmischen Stadt Postelberg dafür gedankt, daß sie den dort im Juni 1945 gefolterten und ermordeten Sudetendeutschen ein Denkmal setzen wollen. Dies sei ein „eindrucksvolles Zeichen des Mutes und der

Versöhnung“ und beweise, daß die Zusammenarbeit auf unterer Ebene sich immer positiver entwickle. Das solle sich auch die Staatsspitze zum Ansporn nehmen.

Posselt wies auch auf die gute Kooperation zwischen der tschechischen Kommune Postelberg/ Postoloprty, dem deutschen Förderverein der Stadt Saaz in Frankfurt und der jüdischen Gemeinde hin, die Modellcharakter besitze. Insgesamt nannte Posselt die Zusammenarbeit zwischen immer mehr tschechischen Gemeinden und den sudetendeutschen Heimatkreisen bzw. Heimatortsgemeinschaften „ermutigend“.

Pressestelle Bernd Posselt MdEP, München, Erklärung vom 6. September 2009